



WO BEGINNT EUROPA?

Gedanken und Anregungen

Ein Reader

Arbeitskreis Internationales

Kreisverband Köln

Bündnis 90/Die Grünen

2006

Inhalt

I.	Wo beginnt, wo endet Europa?	1
II.	Werte und Visionen	3
1.	Bestandsaufnahme	3
2.	Europäische Grundwerte - Grüne Werte.....	4
3.	Vision	6
III.	Die Sicht der Beitrittskandidaten	8
1.	Was geht uns das an?	8
2.	Was wollen sie eigentlich?	9
IV.	Was ergibt sich daraus für die Grüne Politik?	12
1.	Position 1	12
2.	Position 2	17
V.	Europa ohne Ende?!	21
VI.	Unsere Stimmen	22
VII.	Eure Stimmen	23

I. Wo beginnt, wo endet Europa?

Nähert man sich von Osten her Europa, dann ist man, geographisch gesehen, angekommen, wenn man den Ural überquert hat. „Zu Europa gehören“, „in Europa leben“ heißt für die Menschen aber etwas anderes: Wohlstand, Frieden, Freiheit, sozialer Ausgleich, Stabilität, Individualität. „Europa“ wird gleichgesetzt mit der Zugehörigkeit zur Europäischen Union. Die Hoffnung, zu ihr zu gehören, motiviert viele Staaten zu weit reichenden Reformen. Auf der Seite der Europäischen Union stehen ebenso Reformen an, damit sich die zunehmende Zahl an Staaten organisieren kann. Die Erweiterungsprozesse wecken Hoffnungen und Befürchtungen. Wer kann hinzugehören, wer nicht? Wie sieht ein erweitertes, größeres Europa aus? Wo beginnt und endet dieses Europa? Was bestimmt seine Grenzen?

Wir im Arbeitskreis Internationales der Kölner Grünen haben uns seit 2006 mit diesen Fragen auseinandergesetzt. Wir haben die vielen positiven Stimmen diskutiert, die sich unter anderem in den zahlreichen Schriften und Vorträgen rund um die Bertelsmann-Stiftung und in vielen weiteren wissenschaftlichen Quellen dokumentieren. Wir haben uns mit den nachdenklichen und warnenden Stimmen auseinandergesetzt. Sie sind weniger organisiert und selten systematisch aufbereitet. Schließlich haben wir Feldarbeit organisiert: wir haben das Meinungsspektrum in den offiziellen und potenziellen Beitrittsländern sowie ihre Perspektiven recherchiert. Dazu haben wir auch mit Vertretern aus diesen Ländern diskutiert.

Der vorliegende Reader ist unser vorläufiges Ergebnis. Wir möchten mit diesem Reader unsere Argumente, Erkenntnisse und Meinungen in die innerparteiliche Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union einbringen. Dazu haben wir ihn auf dem grünen Zukunftskongress und darüber hinaus an Gremien und Arbeitsgruppen der grünen Partei verteilt. Wir möchten unsere Beiträge außerdem in die öffentliche Diskussion einbringen. Wir finden, dass breite Diskussionen über Europas Zukunft und Stellung in der Welt notwendig und wichtig sind und haben deswegen unter anderem im November 2006 ein Bürgerforum hier in Köln organisiert.

Im Reader findet sich im ersten Teil „Werte und Visionen“ nach einer kurzen Bestandsaufnahme unser detaillierter Vorschlag für europäische Grundwerte und eine Vision für Europa.

Im zweiten Teil „Die Perspektiven der anderen“ erklären wir, warum es wichtig ist, sich mit der Sicht unserer Nachbarländer auf die EU auseinander zu setzen und was bei unseren Recherchen und Diskussionen herausgekommen ist.

Im dritten Teil „Was sagt uns das nun?“ wird diskutiert, was für Folgerungen die Grünen daraus ziehen sollten. Zwei unserer Mitglieder präsentieren ihre zum Teil konträren Argumente und Schlüsse.

Im letzten Teil stellen wir unsere gemeinsamen, vorläufigen Schlussfolgerungen zur Diskussion.

Unser Diskussionsprozess ist noch nicht zu Ende, ebenso wenig wie Europa jemals „zu Ende“ sein wird. Wir freuen uns über weitere Auseinandersetzungen, Kommentare und Rückmeldungen und wünschen ein interessantes Lesevergnügen.

Monika Dittrich

II. Werte und Visionen

1. Bestandsaufnahme

Mit Europa verbinden weltweit die meisten Menschen die heutige Europäische Union. Seit der Osterweiterung im Jahr 2004 besteht die EU aus 25 Mitgliedstaaten mit insgesamt etwa 460 Mio. EinwohnerInnen. 12 dieser Staaten haben mit dem Euro eine gemeinsame Währung gebildet. Zur weiteren Vergrößerung der EU gibt es gegenwärtig vier Kandidatenländer: Bulgarien und Rumänien, die aller Voraussicht nach 2007 beitreten werden, sowie Kroatien und die Türkei.

Die wesentlichen Institutionen der heutigen EU sind, dem Prinzip der Gewaltenteilung folgend:

- das Europäische Parlament mit 732 Sitzen als Stimme der BürgerInnen
- der Rat der EU als Vertretung der einzelnen Mitgliedstaaten
- die Europäische Kommission als Exekutivorgan der EU
- der Europäische Gerichtshof als Hüter des Rechts

sowie weitere Institutionen wie zum Beispiel die Europäische Zentralbank, der Ausschuss der Regionen sowie der Europäische Rechnungshof.

Seit 1951 haben die jeweiligen Mitgliedstaaten eine Vielzahl von Verträgen geschlossen. Um die vielen Verträge zusammen zu fassen und zu erneuern, haben die Staats- und Regierungschefs der EU im Juni 2004 eine gemeinsame Verfassung beschlossen. Die Verfassung tritt erst in Kraft, wenn alle 25 nationalen Parlamente den Text ratifiziert haben, wobei einige Länder zusätzlich Referenden vorgesehen haben. Die BürgerInnen Frankreichs und der Niederlande haben die Verfassung im Jahr 2005 abgelehnt, weshalb ein neues Nachdenken über die Verfassung eingesetzt hat.

Wir halten den über 300 Seiten umfassenden Text für zu wirtschaftsliberal, bürgerfern und bürokratisch. Vor allem vermischen wir prägnant formulierte Grundwerte in der Verfassung, mit denen sich alle BürgerInnen als EuropäerInnen identifizieren können.

Bei Erweiterungen der EU könnten alle Staaten des Kontinents Europa Aufnahme finden, deren BürgerInnen die nachfolgend genannten Werte teilen.

Andrea Malorny / Kai Rösen

2. Europäische Grundwerte - Grüne Werte

Welche identitätsstiftenden Merkmale halten das Europa der Gegenwart zusammen?

Wir sehen Europa als eine Wertegemeinschaft. Im Gegensatz zum politischen Konservatismus legen wir unseren Ausführungen keine religiösen, sondern säkular-philosophische Denkweisen zugrunde. Im Bewusstsein der Menschen in Europa sollten sich verstärkt gemeinsame Werte verankern wie zum Beispiel Freiheit, Gleichheit und Solidarität sowie Bürgerrechte. Über allem steht die Unantastbarkeit der Würde des Menschen und der Respekt vor der Natur.

Diese Werte finden sich in der Charta der Grundrechte der EU, verkündet in Nizza am 07.12.2000, und haben starke Wurzeln in der Periode der Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts.

Beispielhaft sind folgende Werte und Rechte zu nennen:

Freiheitsrechte: Freie Meinungsäußerung, freie Medien, Reisefreiheit, Koalitionsfreiheit, Religionsfreiheit, Recht auf eigene Kultur und Bildung.

Gleichheitsansprüche und Solidarität: Geschlechter- und Generationengerechtigkeit, Vielfalt der Kulturen, Soziale Standards.

Bürgerrechte und justizielle Rechte: Freizügigkeit, Rechtsstaatsprinzip sowie Unschuldsvermutung und Verteidigungsrecht.

Betonen möchten wir originär Grüne Werte wie zum Beispiel Schutz von Flora und Fauna sowie ressourcenschonender Umgang mit der Natur und Toleranz beim gegenseitigen Miteinander.

Die Charta der Grundrechte der EU ist unserer Meinung nach fortschrittlich und in vielen Bereichen zukunftsweisend. Der Anspruch der Charta und die Realität fallen in Europa jedoch in eklatanter Weise auseinander. Einige Artikel der Charta entsprechen nicht der in Europa gelebten Wirklichkeit.

Sind die genannten Werte zu anspruchsvoll? Wir finden nicht. Vielmehr sollen die Anstrengungen intensiviert werden, um die alltäglichen Lebensbedingungen in Europa mit den fixierten Grundsätzen in Einklang zu bringen.

Dabei stellen wir die bestehenden politischen Institutionen nicht in Frage, aber die Demokratie, die Transparenz, die Effizienz und die Bürgernähe sind optimierbar. Hier sind Änderungen erforderlich, um die hohen Ziele der Charta der Grundrechte der EU in die Realität umzusetzen. Beispielhaft genannt seien die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments und die öffentliche Tagung des Ministerrats. Nicht zuletzt ist versäumt worden, die in der Charta niedergelegten Werte den BürgerInnen adäquat zu vermitteln. Dies hat zu einer generellen Skepsis bis hin zur Ablehnung des europäischen Integrationsprozesses geführt. Die Haltung der Bevölkerung ist im Allgemeinen durch Desinteresse, Gleichgültigkeit, Unkenntnis und Politikverdrossenheit in Bezug auf Europa gekennzeichnet. Eine aktive geistige Auseinandersetzung der BürgerInnen mit Europa und eine Beschäftigung mit den Werten hat nicht in ausreichender Weise stattgefunden.

Es fehlt ein positives Bild von Europa.

Hier muss grüne Politik aktiv werden.

Es ist notwendig, die Errungenschaften der Charta bürgernah und allgemein verständlich zu vermitteln.

Die Vorteile, die eine europäische Einigung bewirken kann, sind jedem einzelnen für sein persönliches Leben nahe zu bringen.

Eine Vision für ein Europa der Zukunft muss von den Menschen gemeinsam entwickelt werden.

Andrea Malorny / Kai Rüsen

3. Vision

In welchem Europa wollen wir in Zukunft leben?

Wir definieren Europa nicht über politische Institutionen, sondern wir benennen Grundwerte, die alle EuropäerInnen teilen können. Unsere Fragestellung lautet: Womit können sich die EuropäerInnen im Prinzip identifizieren?

Es erscheint uns sinnvoll, die Grundwerte aufzufächern in die Bereiche Kultur, Politik/Gesellschaft, Wirtschaft und die Rolle Europas in der Welt.

Bei der Kultur soll unserer Meinung nach gelten:

- Offenheit für kulturelle Vielfalt, aber auch ein Bewusstsein für eine gemeinsame Vergangenheit in Kunst und Kultur
- Bildung als Verpflichtung für alle
- Eine – kritisch-reflektierende – Bewusstheit für regionale, einzelstaatliche und gesamteuropäische Traditionen und historische Entwicklungen
- Erhaltung der Landes- und regionalen Sprachen bei gleichzeitiger Forderung nach einer gemeinsamen Verkehrssprache für Europa, die Englisch sein soll.

Im Bereich der Politik und Gesellschaft soll unserer Meinung nach gelten:

- Mehr direkte Demokratie mit vermehrten plebiszitären Elementen als Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie
- Laizismus: Für uns stellt die strikte Trennung von Staat und Kirche einen wichtigen Wert dar
- Freiheit bei der persönlichen Lebensgestaltung und dem Zusammenleben
- Fortentwicklung des Rechtsstaatsprinzips
- Realisierung wirklich gleicher Lebensbedingungen und Chancen für Frauen und Männer

Für den Sektor der Wirtschaft soll unserer Meinung nach gelten:

- starkes Bewusstsein für Umweltschutz und nachhaltiges Wirtschaften
- Gesamtwirtschaftliche Stabilität und stabile Währung
- Soziale Mindeststandards und soziale Verantwortung im persönlichen und staatlichen Bereich

Bei der Rolle Europas in der Welt soll unserer Meinung nach gelten:

- Europa als global friedensstiftender Akteur
- Einführung eines gemeinsamen europäischen Asylrechts, welches die Menschenwürde achtet und gestaltete Zuwanderung ohne Abschottung
- Verstärkte Hilfeleistungen zur Unterstützung der Entwicklungsländer
- Starke gestaltende Kraft für einen geordneten fairen Welthandel und geregelte grenzüberschreitende Dienstleistungen.

Wir halten diese Werte für bedeutungsvoll für ein friedliches, ökologisches und solidarisches Miteinander aller EuropäerInnen. Wir halten diese Werte darüber hinaus für erstrebenswert, um den Menschen Sicherheit, Zufriedenheit und Glück zu ermöglichen.

Geben wir Europa eine Seele!

Andrea Malorny / Kai Rösen

III. Die Sicht der Beitrittskandidaten

1. Was geht uns das an?

Die Europäische Union gilt als der „Club der Reichen und Mächtigen“. Wer dazu gehört, bestimmt die Regeln, die Zugehörigkeit und damit die Grenzen „Europas“. Dies ist eine schlichte Tatsache, die so auch von den Ländern, die einen Beitritt wünschen, rückgemeldet wird. Warum sollte sich dieser Club für die Ideen und Vorstellungen der Beitrittsländer interessieren, noch bevor sie voll beigetreten sind?

- Europa ist ein Projekt mit offenem Ziel und stetigen Veränderungen. Neben Veränderungen, die aus dem Inneren kommen, bringen auch neue Länder Veränderungen für die EU. Das ist grundsätzlich wünschens- und begrüßenswert. Es ist aus Sicht der EU insofern vorausschauend, potenzielle Beitrittsländer nach ihren Vorstellungen zu fragen, um diese Vorstellungen mit denen der bestehenden Union abgleichen zu können. Dies sollte über öffentliche Diskussionen gestaltet werden und damit eine größere Klarheit für die EU, aber auch für die potenziellen Beitrittsländer bringen.
- Die öffentlichen Diskussionen sind Teil demokratischer Meinungsbildung. Sie können ein weiterer Schritt der Demokratisierung der Beitrittsländer sein. Die Diskussion mit der EU kann Anstoß dafür sein, dass die EU nicht mehr als „Wirtschaftsclub mit Beitrittshürde“ sondern als gleichberechtigter „Partner zur Identitäts- und Willensfindung“ angesehen wird.
- Rückmeldungen zur EU aus anderen Ländern, die zur EU wollen, können der EU in der aktuellen Situation der Stagnation helfen: die genannten Beitrittsmotive können zeigen, dass das bzw. was von dem bereits Erreichte(n) keine Selbstverständlichkeit ist, sondern ein wertvoller und stets zu verteidigender Status Quo. Ideen zur Zukunft erzeugen weitere Ideen, auch das benötigt die EU.
- Die Vertiefung und offene Diskussion der Vorstellungen und Interessen der Beitrittsländer können auch Alternativen zum Vollbeitritt aufzeigen. Dies würde die aktuelle Erweiterungsskepsis innerhalb der EU mindern und gleichzeitig würden die außenpolitischen Interessen der Beitrittsländer aufgenommen sein.

2. Was wollen sie eigentlich?

Die Ziele und Erwartungen, die mit einem EU-Beitritt verbunden werden, sind genauso vielfältig wie die Kandidaten selbst, ihre jeweilige Geschichte und aktuelle Situation.¹ Zwei Aspekte werden jedoch immer wieder betont: Der friedenspolitische und der wirtschaftspolitische Aspekt der EU, die beide als Erfolgsgeschichte wahrgenommen werden.

Der **friedenspolitische Aspekt** spielt – wenig überraschend – insbesondere für die *Balkanländer* eine wesentliche Rolle. Angesichts ihrer jüngeren, von ethnischen Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen geprägten Geschichte, erscheint die EU diesen Ländern als ein Hort von Frieden und Stabilität. Das Friedensprojekt, als das die EU unter anderem begann, genießt in diesen Ländern einen sehr viel höheren Stellenwert als in den derzeitigen Mitgliedstaaten der EU (insbesondere in den 15 „alten“ Mitgliedstaaten), in denen Frieden und Stabilität 60 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs als selbstverständlich empfunden werden.

Eine geringere Rolle spielt dagegen dieser Aspekt für die *Türkei*, die zum Kreis der offiziellen Beitrittskandidaten gehört, und die *Ukraine*, die häufig als potenzieller Beitrittskandidat genannt wird. Allerdings spielen auch hier geostrategische Überlegungen eine Rolle: So versteht die Türkei ihre Rolle als „Brücke“ zwischen Europa und (Klein-)Asien – dem Kaukasus, der Schwarzmeerregion und dem östlichen Mittelmeerraum – und präsentiert diese Rolle nicht zuletzt als Chance für die EU. Die Ukraine verspricht sich von einer stärkeren Westorientierung nicht zuletzt eine größere Unabhängigkeit vom großen Nachbarn Russland: „Mehr Freiheit im Westen, um sich im Osten wohler zu fühlen“, wie es ein ukrainischer Diplomat ausdrückte. Gleichzeitig präsentiert sie sich der EU ebenfalls als Mittler zwischen „West“ und „Ost“.

Der **wirtschaftspolitische Aspekt** wird ebenfalls von allen Beitrittskandidaten genannt, wenn auch weniger betont. Angesichts der wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte der 15 „alten“ EU-Mitgliedstaaten (und in letzter Zeit zunehmend auch der 10 „neuen“ Mitgliedstaaten) erscheint die EU als Insel des Wohlstands. Von den wirtschaftlichen Vorteilen, die mit einem EU-Beitritt verbunden sind – von Handelserleichterungen über steigende ausländische Direktinvestitionen bis hin zur Verfügbarkeit von EU-Fördermitteln – versprechen sich die Kandidaten ein stärkeres Wirtschaftswachstum und einen höheren Wohlstand.

¹ Die folgende Einschätzung stützt sich auf die Auswertung verschiedenster Quellen: Offizielle Verlautbarungen der Regierungen der Beitrittskandidaten, Reden von Politikern und Diplomaten, wissenschaftliche Publikationen, nationale und europaweite Meinungsumfragen sowie eine Diskussion mit Diplomaten aus Kroatien, Mazedonien und der Ukraine, die im Juni 2006 in Köln stattfand.

Insbesondere für die besser gestellten, gebildeten, städtischen Schichten in den Beitrittskandidaten spielt ein weiterer Aspekt eine nicht unwesentliche Rolle: Die EU steht bei diesen Schichten gleichbedeutend für Modernisierung, (wirtschaftliche) Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit. Von einem EU-Beitritt – oft schon von der Perspektive auf einen Beitritt – versprechen sie sich einen demokratischen Fortschritt. Der EU-Beitritt dient hier als Katalysator für notwendige bzw. als notwendig empfundene politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen. Insbesondere in den *Balkanländern* verbinden diese Schichten mit einem EU-Beitritt die Ablösung der derzeitigen ethnisch definierten Staats- und Gesellschaftsmodelle durch demokratische und rechtsstaatliche Alternativen.

Entsprechend verwundert es nicht, dass eine EU-Erweiterung auf dem Balkan allgemein als einzige funktionierende Politik für Südosteuropa empfunden wird. Die Perspektive auf einen EU-Beitritt sei demnach die einzige Perspektive, die die südosteuropäischen Staaten teilten und die entsprechend einen Rückfall in die ethnischen Konflikte und kriegerischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre verhindere und politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen sicherstelle.

Alternativen zu einer EU-Mitgliedschaft für die *Balkanländer* müssten insbesondere den sicherheitspolitischen Bedürfnissen dieser Länder Rechnung tragen. Angesichts der unrühmlichen Rolle der EU in den Auseinandersetzungen der 90er Jahre stellt sich jedoch ernsthaft die Frage, ob solche Alternativen – zum Beispiel die Gewährung umfangreicher Sicherheitsgarantien und die Förderung von Zivilgesellschaft und rechtsstaatlichen Institutionen in diesen Ländern – die notwendige Glaubwürdigkeit genießen würden, um ihren Wunsch nach Stabilität und Sicherheit zu erfüllen.

Eine „privilegierte Partnerschaft“, wie sie von Seiten der CDU immer wieder für die Türkei ins Gespräch gebracht wird, wird auf dem Balkan abgelehnt. Zum einen wird sie als im Wesentlichen auf wirtschaftliche Aspekte beschränkt empfunden. Zum anderen ist es den Balkanländern angesichts des EU-Beitritts Sloweniens und der Verhandlungen mit Kroatien kaum zu vermitteln, dass für sie nicht dieselben Kriterien für einen EU-Beitritt gelten sollen, oder – noch schlimmer – ihnen ein EU-Beitritt verwehrt bleiben soll.

Unabhängig von allen konkreten Vorteilen, die sich die Balkanländer von einem EU-Beitritt versprechen, spielt dabei auch ein gewisser „ideeller“ Aspekt eine Rolle: Die EU gilt nicht nur als „Club der Reichen und Mächtigen“, sondern auch als „Club der Demokratien“ – als eine Gemeinschaft von Ländern mithin, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen und politischen Situation in weiten Teilen der Welt hohes Ansehen genießt. Die Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft – die „Club-Mitgliedschaft“ – stellt daher einen nicht zu unterschätzenden Wert an sich dar.

Das gilt im selben Maße für die *Türkei*, die eine „privilegierte Partnerschaft“ oder anderswie bezeichnete reine Nachbarschaftspolitik genauso vehement ablehnt. Eine solche Partnerschaft verfolge nur den Zweck, eine EU-Mitgliedschaft der Türkei auf Dauer zu verhindern. Nicht zu Unrecht wird in der Türkei darauf hingewiesen, dass zwischen der EU und der Türkei aufgrund der langjährigen engen Beziehungen und der Zollunion bereits eine privilegierte Partnerschaft bestehe. Die Diskussion über Alternativen zu einem EU-Beitritt stärkten EU-skeptische und -feindliche Positionen in der Türkei und verringerten die Unterstützung für einen EU-Beitritt und die hierfür notwendigen Reformen.

Lediglich die *Ukraine* scheint weniger entschieden auf einer klaren Beitrittsperspektive zu pochen, was – außer auf ihre besondere historische und geographische Situation – vor allem darauf zurückzuführen scheint, dass weder innerhalb der ukrainischen Bevölkerung noch innerhalb der politischen Klasse ein Konsens über eine konsequente Westorientierung besteht. Die Ukraine scheint am ehesten bereit, Alternativen zu einer EU-Mitgliedschaft in Erwägung zu ziehen – zum Beispiel die Gründung einer Freihandelszone, wirtschaftliche Unterstützungsleistungen oder Visa-Erleichterungen.

Monika Dittrich / Patrick Kopischke

IV. Was ergibt sich daraus für die Grüne Politik?

1. Position 1

Plädoyer für Konsequenz

Auch wenn es im EU-Verfassungsprozess unzählige Änderungs- und Ergänzungsversuche gegeben hatte, nach der Zurückweisung des Verfassungsentwurfs durch das französische und niederländische Volk vieles durcheinander zu geraten scheint, und es einige Versuche gibt, durch Nachbesserung wie Umdeutung des Plebiszits doch noch zu einem Erfolg zu kommen, so lässt sich doch eines auf der HABEN-Seite fest verbuchen: mit dem Europäischen Verfassungsentwurf gibt es endlich eine Regieanweisung für das *Unternehmen Europa*, die das Chaos ungarer Reformen und halbherziger Entscheidungs-Strukturen aus Maastricht, Amsterdam und Nizza hinter sich lässt. Damit lässt es sich zweifellos besser, effektiver und transparenter führen als bisher. Änderungsvorschläge lassen sich unter teils sinnvolle teils notwendige Drehbuch-Ergänzungen einordnen.

Aber waren wir nicht alle durch die Zusammensetzung des Europäischen Konvents gewarnt worden, den wir uns frischer, kraftvoller und ideenreicher gewünscht hätten? War die Idee Europa nicht gegenüber der früheren Ausdruckskraft der Einzelstaaten und ihrer Völker schon dramatisch verblasst, als der Konventsentwurf verabschiedet wurde? Eigentlich konnte es niemand verwundern, dass sich auf der SOLL-Seite einiges angesammelt hat. Und wir scheinen weiter auf dem besten Wege zu sein, unseren Europäischen Grund mit Hypotheken und Zinsen in schwer überschaubarer Weise zu belasten. Wir müssen uns fragen, ob aus unserer Initiative Europa nicht ein "*Multinationales Unternehmen*" mit ebensolchem *Charme, Leistungsfähigkeit, Überschaubarkeit, Transparenz* und *Demokratieverständnis* geworden ist. Unter diesem Gesichtspunkt stellt sich die Frage neu, ob dieser "*Multi*" so gewollt und auch notwendig ist. Für die Grünen ist das klar zu verneinen. Der Grüne Politikansatz war von Anfang an auf das Gegenteil ausgerichtet. Der Ansatz sollte stets ökologisch sein, also auf natürlichen Abläufen und Organisations-Strukturen basieren. Wie das im Regelfall zu geschehen hat, lässt sich häufig direkt aus der Natur ableiten.

Die Beschäftigung mit der Vision von Europa hat sowohl auf der Binnen- (**B**) wie Außenperspektive (**A**) zu jeweils drei Gruppen geführt:

B1 Zum einen haben wir die klassischen Länder wie beispielsweise Deutschland, Frankreich, Italien. Sie werden mitten im Konstitutionsprozess von einer erstaunlich schweren Krise geschüttelt. Deutschland hat sozusagen über Nacht begonnen, sich

wieder zu entdecken, nachdem die eigene Identität jahrzehntlang von der jüngsten Geschichte gedeckelt wurde und es sich lange Zeit schwer tat, aus diesem *circle vicieux* herauszufinden. Frankreich hat von einem Tag auf den anderen feststellen müssen, dass Anspruch und Wirklichkeit, Sein und Schein, weit auseinanderklaffen und sich nicht alles 'wie Gott in Frankreich' lebt. Dass ein Kulturland wie Italien in seinen Institutionen, Organen und der kompletten Medienlandschaft durch einen milliardenschweren Mogulen entscheidend beeinflusst und auch verändert werden kann, hat nicht nur einen großen Teil seiner Bevölkerung traumatisiert, sondern auch die EU-Philosophie auf den Kopf gestellt.¹

B2 In die zweite Gruppe fallen Länder, die ihre Identität oder ihr Gleichgewicht noch nicht (wieder-)gefunden haben oder neu bestimmen. Hier sind vor allem die Staaten des Warschauer Paktes zu nennen, die über Jahrzehnte gegen ihren Willen fremdbestimmt wurden. Die ehemalige Tschechoslowakei setzte statt auf einen volksübergreifenden Zusammenschluss unter der EU auf Spaltung. Polen zeigt derzeit sichtbar wie unsinnig ein nahtloser Systemwechsel ist.

B3 In der dritten Gruppe haben wir Länder, die in Europa nie ihre ganze Heimat gesehen haben. Beispiel hierfür ist Großbritannien, hier zumindest in seinem Landesteil England, das mindestens ebenso in Amerika oder Australien zu Hause ist. Diese Länder wollen sich nicht der EU verschreiben, sondern sie allenfalls für bestimmte Ziele nutzen.

A1 Im Außenbereich haben wir zunächst klassische Länder wie die Schweiz und Norwegen. Sie sind reich und sehen deswegen zur Zeit keine Notwendigkeit, beizutreten. Sie haben keinerlei Klubinteressen, fühlen sich aber der "Familie" zugehörig. Insofern verfolgen sie eine Politik der lockeren Liaison und des beobachtenden Abwartens.

A2 In den zweiten Bereich fallen Länder, die entweder ihr Gleichgewicht oder ihre Identität noch nicht wiedergefunden haben, wie ehemalige Staaten des Warschauer Paktes, oder ihre Identität ändern wollen. Beiden ist in erster Linie gemeinsam, dass sie zum "Club" Europa gehören wollen, was sich aus unterschiedlichen Motiven speist. Rumänien, das ohnehin Teil eines *anderen* Europas ist, beschäftigt sich nach französischem Vorbild mit seiner nationalen Einheit und braucht schlichtweg Zeit, Bulgarien ist in seiner ganzen Geschichte noch nie zur Ruhe und damit zur Kraft spendenden Selbstfindung gekommen, Mazedonien brodelte.¹

A3 In der dritten Gruppe haben wir Länder, die die EU nutzen, sich ihr aber nicht verschreiben wollen. Hierzu gehört u. a. die Ukraine, aber auch Russland.²

¹ Wenn es nicht die grenzüberschreitende Kommunikation via Medien gegeben hätte, hätte man Ostdeutschland, dem man in völlig überflüssiger Weise seine Identität geraubt hat, unter B2 einordnen müssen.

² Die Türkei ist als ausgewiesener Vielvölkerstaat (was von offizieller Seite in Ankara gerne bestritten wird) zwischen A2 und A3 anzusiedeln.

Die hier nur angerissene Zustandsbeschreibung einiger Länder zeigt auf, dass schon das Timing dieses EU-Prozesses nicht stimmen kann. Es macht aber auch keinen Sinn, mit Ländern über >Werte, Ziele, Aufgaben< zu reden, die in der Selbstfindung sind, sich nicht orten, Spielräume wahrnehmen, die andere nicht haben, oder Begriffe unterschiedlich interpretieren. Was für die einen eine Wertegemeinschaft als familiäre Einheit ist, ist für andere lediglich eine strukturelle Gemeinschaft (Klub), aus der sich Vorteile ziehen lassen. Effiziente, demokratische und transparente Entscheidungsstrukturen setzen aber ebensolche Partner voraus.

Nicht nur die Beispiele Jugoslawien oder Tschechoslowakei lassen den Schluss zu, dass die Europäischen Völker eher in überschaubaren Grundeinheiten organisiert sein wollen und die nationale und regionale Ebene als wichtigste Ebenen eines Volkes angesehen werden. Daher muss ohnehin bezweifelt werden, dass dem Apparat Brüssel langfristig Unterstützung zuteil wird. Die Frage stellt sich, ob es eher weniger Themenbereiche sind, die einer organisierten supranationalen Ebene als *governmental structure* bedürfen. Das Beispiel Außenpolitik zeigt, dass hier der Verfassungsentwurf fehl greift, weil die Völker sich gerne selbst repräsentiert sehen. Ein koordinierendes Außenmanagement wäre ausreichend gewesen. *Klima* hingegen ist ein übergreifendes Thema.

Ob EU aus einem Guss oder iterativer Prozess - vieles läuft verkrampft und widerspricht natürlichen Abläufen. 'Natürlich' wäre ein Zusammenwachsen durch verstärkte Kommunikation mit Interaktionen, sprachlichem Austausch und grenzüberschreitenden Nachbarschaftsinitiativen im Vorfeld eines Verfassungsprozesses. Die mit der Verfassung angestrebte Organisationsform hat in ihrer Stringenz etwas Gewaltiges und Ausgrenzendes und muss vor dem Hintergrund der Wirtschaftsdaten außerhalb Europas als bedrohlich wahrgenommen werden. Natürliche Bewegungsabläufe wie Gegensteuern und vorübergehendes Ablassen scheinen aus dem Blickfeld geraten zu sein. Ebenso Werte wie Respekt, Rücksicht, Abstand, und Zurückhaltung. Letzteres zeigt sich gerade beim Thema Türkei. Bemerkenswert ist hier, mit welcher leichten Hand die Zerstörung gewachsener Strukturen zugelassen wird, ohne dass aufgezeigt wird, was danach kommt und als Ziel steht.

Die Untersuchung der Perspektiven und Ihrer Analyse führt im Ergebnis dazu, dass die Beantwortung zweier Punkte den Konflikt lösen lassen:

- 1. Wenn die Europäer keine Vereinigten Staaten von Europa wollen, muss es auch kein *multinationales Unternehmen* mit dem angestrebten monströsen und fetten Apparat geben. Die supranationale Ebene kann dann wesentlich schlanker, die tragenden Strukturen flexibler und bürgernäher ausgelegt werden.**

2. **Mit Ländern der Gruppe 3 ist die EU mit den von den Grünen angestrebten Werten, Zielen und Aufgaben nicht zu realisieren. Verbleiben sie im Gespräch, sind diese Überlegungen aufzugeben und neue Wege zu suchen.**

Die Grünen tun gut daran, die derzeitigen Verhältnisse zu entkrampfen und neue Wege zu suchen. Dazu gehören vor allem auch Überlegungen, wie Gruppe2-Länder mehr Distanz und Abstand gewinnen können, ohne sich allein oder isoliert zu fühlen. Die Grünen müssen daran erinnert werden, wieder politisch innovativer zu denken. So könnte in Krisengebieten der Nationalstaat überwunden werden, ohne dass Bevölkerungsgruppen ihre Heimat oder ihre Identität entzogen wird. Es könnte ein Stück freies Europa entstehen, das Konflikte entschärft.

Die >Idee Europas< liegt auf der Hand

... nur vor lauter Bäumen wird der Wald nicht gesehen, könnte man anfügen. Das Problem liegt in der falschen Herangehensweise und Projektsicht. Ein Grund dafür dürfte die ältere wie jüngere Geschichte sein, die einerseits viele am Nationalstaat zweifeln und andererseits den Topic Frieden voranstellen ließen. Das Europäische Haus wurde bis zum Konvent hoch als ein Neubauprojekt angedacht und geplant. Dies wird ebenso vom Verfassungsentwurf belegt wie von den zahlreichen Aussagen stolzer Politiker, das Europäische Haus mitentworfen zu haben. Mitverantwortlich dürfte dabei der schielende Blick auf die "Vereinigten Staaten" von Amerika (Tocqueville) gewesen sein. Aber gerade von denen unterscheidet sich Europa diametral. Das Projekt Europa ist gerade kein Neubauprojekt auf grüner Wiese, sondern besteht zum großen Teil aus einer Bestandsimmobilie, die um Bauten in zeitgemäßer, moderner Architektur ergänzt werden kann. Offen ist lediglich die Frage, wie groß die Anteile sind und wieviel vom Bestand Baudenkmal ist und was abgerissen und neu gebaut werden sollte. Gerade diese Mischung aus Alt und Neu, aus Baudenkmal und Moderne gilt gemeinhin als spannend und interessant. Würde man das Europäische Haus im virtuellen Sinn vermarkten wollen und sich fragen, was das USP (*unique selling product*) wäre, dann liegt die Idee, die Vision vor einem und die Seele offen:

Es ist die Unverwechselbarkeit der Länder und der Völker, die Einzigartigkeit der Regionen und der Städte, die Artenvielfalt von Mensch und Natur, die Verschiedenheit der Kulturen und der Sprachen, die große Geschichte und die vielen kleinen Geschichten, die Farbigkeit und Buntheit, auch die Unterschiedlichkeit von politischen Landschaften und Wirtschaftskulturen. Europäische Aufgabe ist es, diesen Reichtum in einer globalisierten Welt nicht nur zu erhalten und zu schützen, sondern die Unterschiede zur Geltung zu bringen und auszubauen. Die Finalität Europas liegt nicht im Zusammenschluss ihrer Völker, sondern in Erhalt und Förderung ihrer Einzigartigkeit in einem übergreifenden Miteinander.

Insofern könnte man augenzwinkernd schlussfolgern: wir brauchen keine Verfassung, sondern ein Artenschutzabkommen. Soweit ist das gar nicht von der Wahrheit entfernt, zumal wir uns ohnehin fragen können, warum etwas in langatmiger Perfektion neu entwickelt werden muss, was in manchen Ländern zur großen Tradition, gar Identifikation gehört. England fährt sogar schamlos ohne Verfassung. Charten gibt es ohne Ende und sie haben selten zum Glück dieser Welt beigetragen. Deutschland hat im Sommer 2006 erfahren, dass anderes Personal mit einer anderen Grundeinstellung und einige Stellschrauben genügen, um eine Lage zu verändern. Spaß und Attraktivität standen im Vordergrund.

Die Grünen tun ihrer Geschichte und ihrem Gründungsprogramm keinen Gefallen, auf das *Multinationale Unternehmen* zu setzen. Europa ist in kleinen, überschaubar und handhabbaren Einheiten viel besser aufgehoben. Es wären alle gut beraten, das Thema >Werte< aus verschiedenen Blickwinkeln anzugehen. Gerade der Wert des Alten wird hier oft nicht gesehen, weil das Alte mit altmodisch, unattraktiv oder dunklen Zeiten assoziiert wird. In der Handhabung sind stattdessen gerade auch bei manchen Nachbarn Attribute wie Flexibilität, Gewandtheit, Eleganz und Zurückhaltung gefragt.

Wenn die beiden oben genannten Punkte in diesem Sinne bedacht sind, kann die Statik des Hauses Europa neu angegangen werden. Es muss eben kein hehrer Zusammenschluss der Völker Europas sein, aber es wird damit der europäischen Geschichte, den Völkern und den derzeitigen Anforderungen besser gerecht. Vergleicht man Europa mit einem Wald, so muss die EU im strukturellen Sinn ein leichtes und gut vernetztes (Blätter-)Dach sein, das nach außen umspannt, weitgehend schützt und partiell abdeckt, aber nur bedingt trägt. Stamm und Äste werden durch andere Körperschaften gebildet. Ein Dach mit flexiblen Räumen und Rändern, das in saftigen Farben erstrahlt. Dieser Wald sollte sich natürlich entwickeln, sein Wachstum nicht durch Injektionen aller Art ("*agent orange*") beschleunigt werden. Es würde kein >Europa-Light<, sondern ein subsidiär strukturiertes Europa, in dem die gemeinsamen Aufgaben mit Verstand und Empathie abgewogen werden und die regionalen Einzigartigkeiten und Unverwechselbarkeiten samt ihrer Menschen, Kulturen und ihren Produkten immer im Vordergrund bleiben. Es wird ein Ensemble, dessen wertvolle alte Bausubstanz saniert, wieder zur Geltung gebracht und kongenial mit Neuem im Stile eines modernen Minimalismus ergänzt wird.

Hans-Joachim Stromenger

2. Position 2

Die Erwartungshaltung auf dem Balkan und in der Türkei ist eindeutig. Angesichts des Beitritts Sloweniens und der Beitrittsperspektive, die ihnen von der EU in Aussicht gestellt wurde, würde jede Alternative zu einer EU-Mitgliedschaft als Zurücksetzung und Kränkung empfunden. Eine solche Zurücksetzung würde einen schweren Rückschlag für die demokratischen, reformorientierten pro-europäischen Kräfte in diesen Ländern mit den entsprechenden Konsequenzen bedeuten. Auch die internationale Glaubwürdigkeit der EU würde wohl stark in Mitleidenschaft gezogen, sollte sie diesen Ländern eine EU-Mitgliedschaft verweigern.

Gute Gründe also, den Ländern auf dem Balkan und der Türkei eine klare Beitrittsperspektive einzuräumen, sofern sie die Kopenhagener Kriterien erfüllen, wie es die Grüne Fraktion im Europäischen Parlament in ihrem aktuellen Positionspapier zur Erweiterung getan hat?

Ja und nein, wie wir meinen, denn eine solche Perspektive muss unseres Erachtens an bestimmte Voraussetzungen geknüpft werden, die über die Kopenhagener Kriterien¹ hinausgehen und die nicht nur die Beitrittsfähigkeit der Kandidaten, sondern auch die Integrationsfähigkeit der EU auf den Prüfstand stellen.

So wichtig der friedenspolitische und wirtschaftspolitische Aspekt des europäischen Einigungsprozesses auch sind, für uns bedeutet Europa mehr als ein Friedensprojekt und ein gemeinsamer Markt. Die EU ist für uns auch ein politisches, soziales und nicht zuletzt ökologisches Projekt.

Schon früh haben die Grünen darauf hingewiesen, dass sich zahlreiche Herausforderungen der modernen Politik – vom Klimawandel über die Globalisierung bis hin zum internationalen Terrorismus, um nur einige zu nennen – nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene lösen lassen, sondern eine koordinierte,

¹ Als Kopenhagener Kriterien werden die Kriterien bezeichnet, die potenzielle Beitrittskandidaten für einen EU-Beitritt erfüllen müssen. Sie wurden auf dem Europäischen Rat am 22. Juni 1993 in Kopenhagen beschlossen. Es handelt sich um drei Gruppen von Kriterien:

Politische Kriterien

- institutionelle Stabilität
- demokratische und rechtsstaatliche Ordnung
- Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten

Wirtschaftliche Kriterien

- eine funktionsfähige Marktwirtschaft
- die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb des EU-Binnenmarktes standzuhalten

Acquis-Kriterium

- Übernahme des "gemeinschaftlichen Besitzstandes" (*Acquis communautaire*)

Die Kriterien müssen spätestens beim Abschluss der Verhandlungen erfüllt sein.

multilaterale Politik erfordern. In dieser Hinsicht nimmt die EU eine Vorreiterrolle ein: Nirgendwo sonst auf der Welt ist die politische Integration souveräner Nationalstaaten so weit fortgeschritten, wurden so viele Aufgaben und Befugnisse auf eine supranationale Institution übertragen haben.

Diese politische Integration und Übertragung nationalstaatlicher Aufgaben und Befugnisse ist allerdings an drei Voraussetzungen geknüpft:

- effiziente, demokratische und transparente Entscheidungsstrukturen
- einen Grundkonsens über gemeinsame Werte, Ziele und Aufgaben zwischen den EU-Mitgliedstaaten bzw. deren Regierungen
- die Unterstützung durch eine breite Öffentlichkeit in den EU-Mitgliedstaaten

Diese drei Kernvoraussetzungen, die wir als „Brüsseler Kriterien“ bezeichnen möchten, stehen nach den negativen Referenden zur Europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden jedoch ernsthaft in Frage.

Der Verfassung lag nicht zuletzt die Einsicht zugrunde, dass in einer erweiterten EU effizientere und demokratischere Entscheidungsstrukturen notwendig seien. Obwohl vom demokratischen Idealfall weit entfernt, sah sie doch deutliche Verbesserungen bei Demokratie und Transparenz auf europäischer Ebene vor – von der Ausweitung der Befugnisse des Europäischen Parlaments über die Ausdehnung von Mehrheitsentscheidungen auf zusätzliche Politikbereiche bis hin zu öffentlichen Sitzungen des Rats. Seit der Ablehnung der Verfassung in Frankreich und den Niederlanden liegen diese Verbesserungen jedoch auf Eis.

Auch ein Grundkonsens über gemeinsame Werte, Ziele und Aufgaben zwischen den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten scheint derzeit nicht zu existieren. Gerade zwischen Frankreich und Großbritannien traten nach den gescheiterten Referenden unterschiedliche Vorstellungen eines vereinten Europas zutage. Die Reflexions- und Diskussionsphase, die der Europäische Rat nach den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden ausgerufen hatte, hat zu keinen nennenswerten Ergebnissen geführt, eine gemeinsame Vision von Europa sucht man derzeit vergebens. Die „Berliner Erklärung“ liefert diese Vision sicherlich nicht.

Die Unterstützung durch eine breite Öffentlichkeit in den EU-Mitgliedstaaten steht schließlich ebenfalls in Frage. Die Ablehnung der Verfassung in Frankreich und den Niederlanden hat deutlich gemacht, dass die Zeiten einer „stillschweigenden Zustimmung“ weiter Teile der Bevölkerung für eine Weiterentwicklung der EU vorüber sind. Stattdessen wurde im Gefolge der negativen Referenden massive Kritik an mangelnder Kommunikation, Bürgerferne und der EU als Elitenprojekt geäußert.

Gleichzeitig weisen Umfragen jedoch darauf hin, dass die Erwartungen an die EU – insbesondere bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und Sicherung von sozialen Standards – kontinuierlich zunehmen. So nannten Franzosen und Niederländer in Umfragen als einen Hauptgrund, der (neben innenpolitischen Gründen) zur Ablehnung der Verfassung geführt habe, die Sorge vor einem „unsozialen“ Europa. Diese Entwicklung steht unseres Erachtens nur in scheinbarem Widerspruch zur festgestellten Europaskepsis. Vielmehr liegt ein wesentlicher Grund für diese Skepsis und schwindende Unterstützung für die EU, insbesondere in den „alten“ EU-Mitgliedstaaten, in der wachsenden Kluft zwischen den Erwartungen, die an die EU gerichtet werden, und den mangelnden Möglichkeiten der EU, diese Erwartungen zu erfüllen.

Jede politische Maßnahme auf europäischer Ebene – insbesondere auch die Erweiterungspolitik – muss deshalb danach bewertet werden, welche Auswirkungen sie mit Blick auf die politische Integration der EU als politisches, soziales und ökologisches Projekt hat, d.h. welchen Beitrag sie zur Erfüllung der „Brüsseler Kriterien“ leistet.

Diese Bewertung fällt zum gegenwärtigen Zeitpunkt leider negativ aus. Weitere EU-Beitritte würden nicht nur zu einer höheren Zahl von Akteuren führen und so die Umsetzung effizienterer, demokratischerer und transparenterer Entscheidungsstrukturen sowie die Einigung auf einen Grundkonsens über gemeinsame Werte, Ziele und Aufgaben weiter erschweren. Es stünde vor allem auch zu befürchten, dass sie zum derzeitigen Zeitpunkt die Europaskepsis in weiten Teilen der Bevölkerung, insbesondere in den „alten“ EU-Mitgliedstaaten, weiter verstärken würden.

So nannten Franzosen und Niederländer als einen weiteren Hauptgrund für die Ablehnung der Verfassung die EU-Osterweiterung, die von ihnen – ob zu Recht oder zu Unrecht – mit dem Abbau von Arbeitsplätzen und sozialen Standards assoziiert wurde. Eine Assoziation, die – wie das Spezial-Eurobarometer zur EU-Osterweiterung zeigt – von weiten Teilen der Bevölkerung in anderen EU-Mitgliedstaaten geteilt wird.

Jede weitere Erweiterung setzt daher unseres Erachtens die vollständige Erfüllung nicht nur der Kopenhagener Kriterien, sondern auch der „Brüsseler Kriterien“ als Kernvoraussetzungen für die Integrationsfähigkeit der EU voraus. Solange diese Kriterien nicht erfüllt sind, gefährden weitere EU-Beitritte die Unterstützung und demokratische Legitimation für die notwendige politische Integration und Übertragung nationalstaatlicher Aufgaben und Befugnisse an die EU.

Dabei handelt es sich nicht um eine „Das Boot ist voll“-Rhetorik, die den Balkanländern, der Türkei, der Ukraine und anderen potenziellen Beitrittskandidaten prinzipiell jede Beitrittsperspektive verwehren möchte. Im Gegenteil, angesichts der zu befürchtenden negativen Auswirkungen, falls diesen Ländern eine solche Perspektive verwehrt wird, befürworten wir grundsätzlich weitere Erweiterungen.

Zuvor müssen jedoch nicht nur die Beitrittskandidaten, sondern auch die derzeitigen EU-Mitgliedstaaten die notwendigen Voraussetzungen erfüllen, um weitere Erweiterungen erfolgreich zu bewältigen, ohne die EU als politisches, soziales und ökologisches Projekt zu gefährden. Der Verweis auf die Integrationsfähigkeit der EU darf allerdings nicht als Freibrief für erweiterungsskeptische Positionen verstanden werden. Es liegt an uns, unsere Hausaufgaben zu erledigen und alles zu unternehmen, um diese Voraussetzungen zu erfüllen.

Effiziente, demokratische und transparente Entscheidungsstrukturen, ein Grundkonsens über gemeinsame Werte, Ziele und Aufgaben und die Unterstützung durch eine breite Öffentlichkeit werden uns nicht einfach in den Schoß fallen. Vielmehr erfordern sie hartnäckigen Einsatz und tägliche Überzeugungsarbeit auf politischer wie gesellschaftlicher Ebene. Darin sehen wir nicht nur die Aufgabe der europäischen Grünen Parteien auf nationaler und europäischer Ebene, sondern auch unsere ganz persönliche Aufgabe.

Patrick Kopischke

V. Europa ohne Ende?!

Bei allem Für und Wider und verschiedenen Lösungsansätzen sind wir uns einig, dass Grüne Politik die Chancen, die noch vorhanden sind, aus der "EWG" eine EU der Werte zu gestalten, konsequenter wahrnehmen muss und eine EU-Erweiterung unter bisherigen Prämissen nicht durchgeführt werden darf. Für einen Beitritt sind ab sofort die von uns so bezeichneten „Brüsseler Kriterien“ anzuwenden und darüber hinaus darf ein individuelles Augenmerk auf die Beitrittskandidaten kein Tabu sein. Die Grünen haben sich vehement dafür einzusetzen, dass jeder EU-Bürger eine faire Chance eingeräumt bekommt, sich in neu und plesbiszitärer zu definierendem Maße an Entscheidungen zu beteiligen und die EU-Politik verstehender und bequemer zu verfolgen. Damit räumt er sich selbst erst die Möglichkeit ein, über sein national-patriotisches Bewusstsein hinaus ein übernationales EU-Bewusstsein zu entwickeln und identifizierend zu leben. Diesen Weg bereitet uns aber auch erst ein Werte-Konsens, wie er beispielsweise in Kapitel II.2. dieses Readers visioniert wurde. Zu einem solchen Werte-Konsens muss sich dann jedes Mitgliedsland ohne Sonderregelungen bekennen oder aber von der EU trennen. Die Grünen müssen unter Einbeziehung der gegenwärtigen und zukünftigen Erfordernisse in Teilbereichen wieder zurück zu ihrer Gründungsmentalität.

Marco Petrikat

VI. Unsere Stimmen

I like travelling far away. So Europe – that's coming back home.

Andrea G. Malorny

Vergleicht man Europa mit einem Wald, so muss die EU im strukturellen Sinn das leichte, aber gut vernetzte Blätterdach sein, das nach außen umspannt, weitgehend schützt und partiell abdeckt, aber nur bedingt trägt. Stamm und Äste werden durch andere Körperschaften gebildet. Es ist ein Europa mit flexiblen Räumen und Rändern, aber gemeinsamen Wurzeln. Es ist ein Dach mit wechselnden Farben und Jahreszeiten: das frische Grün im Frühjahr und das satte Grün im glitzernden Blau des Sommers. Es sind die changierenden Töne im Herbst und der kronengetzte Himmel im Winter. Ein Europa, das lebt.

Hans-Joachim Stromenger

Einheit der Hellenen! – Dies forderte Platon im ewig zerstrittenen Griechenland der Antike vergeblich. Mögen die heutigen EuropäerInnen mehr Erfolg bei der Einheit haben.

Kai Rösen

Zukünftige Stadt-Kultur ist planetarische Dorf-Kultur. (Peter Sloterdijk)

Für mich ist die EU erst sie selbst, wenn Kultur- und Sozial-Politik nicht mehr von 27 Zentral-Regierungen gestaltet wird, sondern von 2.700 NGOs.

Marco Petrikat

Ich möchte gerne eine Zeit in Sevilla leben und später, im Alter, auch mal in Bath. Europa heißt, dass das selbstverständlich (und) möglich ist.

Monika Dittrich

Europa ist Vergangenheit, Gegenwart – und unsere Zukunft.

Patrick Kopischke

VII. Eure Stimmen

Wir freuen uns über Rückmeldungen – über Hinweise, Anregungen, Lob oder Kritik!

Der Arbeitskreis Internationales und die einzelnen Autoren sind unter folgenden E-Mail-Adressen erreichbar:

Arbeitskreis Internationales
ak-internationales@web.de

Hans-Joachim Stromenger
hj.stromenger@t-online.de

Kai Rüsen
kai.ruesen@t-online.de

Marco Petrikat
gruene@linux-koeln.de

Monika Dittrich
monika.dittrich@gmx.net

Patrick Kopischke
patrick@kopischke.net